

# Ihre Webinar-FAQs im Überblick: TK-Fachwebinar Änderungen zum Jahreswechsel 2025/2026

Damit Sie die Webinarinhalte noch besser nutzen können, finden Sie hier die häufigsten Fragen aus dem Webinar kompakt beantwortet. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung – und freuen uns schon jetzt auf ein Wiedersehen in einer unserer nächsten Veranstaltungen!

## Entwurf Aktivrentengesetz

**Darf ein Beamter, der ein Rentenkonto bei der gesetzlichen Rentenversicherung hat, aber Pension bezieht, auch 2.000 Euro dazu verdienen?**

Ja, sofern der (ehemalige) Beamte die Regelaltersgrenze erreicht hat und sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, in dem der Arbeitgeber Beiträge zur Rentenversicherung nach § 172 Abs. 1 SGB VI zahlt.

**Sind geringfügig Entlohnte auch ausgeschlossen, wenn der Arbeitnehmer nach ELStAM besteuert wird, oder nur die, für die Pauschsteuer durch abgeführt wird?**

Sämtliche Geringfügige Beschäftigten nach § 8 Abs. 1 SGB IV sind ausgeschlossen.

**Handelt es sich bei den 2.000 Euro um einen Freibetrag oder um eine Freigrenze?**

Es handelt sich um einen monatlichen Freibetrag, d.h. lediglich der 2.000 Euro übersteigende Anteil ist steuerpflichtiger Arbeitslohn.

## **Gilt das auch bei Schwerbehindertenrente?**

Nein, entscheidend ist das Erreichen der Regelaltersgrenze, der steuerrechtliche Freibetrag nach § 3 Nr. 21 EstG gilt ab dem Monat nach Erreichen der Regelaltersgrenze.

**Ist die steuerfrei ausgezahlte Aktivrente in der Lohnsteuerbescheinigung zu bescheinigen?**

Ja.

**Erhöht ein Arbeitsvertrag mit Aktivrente die gesetzliche Rente des Arbeitnehmers, wenn dieser bereits "reguläre" Rente bezieht?**

Nur, wenn der Arbeitnehmer auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet.

**Aktivrente - Wenn man Witwenrente hat: wird diese durch die Aktivrente gekürzt?**

Durch die Aktivrente ändert sich nichts an den Hinzuverdienstgrenzen in Verbindung mit einer Hinterbliebenenrente – zu den Grenzen folgender Link anbei:

<https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Ueber-uns-und-Presse/Presse/Meldungen/2025/250702-hinzuverdienstgrenze-hinterbliebene.html>

## Änderungen im Lohnsteuerrecht

### Angepasste Werte

**Die Entfernung für die Fahrten zwischen Wohnung und erster Arbeitsstätte war nicht korrekt. Könnte denn die Berechnung nicht korrigiert werden? Dann würde die Steuer per Zuflussprinzip der Lohnsteuerbescheinigung des aktuellen Jahres zugeordnet werden.**

Es wird nicht beanstandet, wenn eine Korrektur einer bereits übermittelten elektronischen Lohnsteuerbescheinigung noch bis zum letzten Tag des Monats Februar des Folgejahres vorgenommen wird. Beispielsweise könnte eine bereits im Januar übermittelte Bescheinigung noch bis Ende Februar des jeweiligen Jahres berichtigt werden. Vgl. BMF-Schreiben vom 5. September 2024 – IV C 5 - S 2378/19/100002 :002. Der Arbeitgeber muss verbleibende Fälle, in denen er die Lohnsteuer nicht nachträglich einbehalten kann, unverzüglich dem Betriebsstättenfinanzamt anzeigen (sogenannte haftungsbefreiende Anzeige im Sinne des § 41c Absatz 4 EStG), damit das Finanzamt die zu wenig erhobene Lohnsteuer vom Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin nachfordern kann. Wurde zu viel Lohnsteuer einbehalten, kann sich der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin diese im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung "zurückholen".

### **Entsteht auch ein Anspruch auf die Mobilitätsprämie bei Bezug von Elternzeit?**

Diese greift in der Berechnungsgrundlage nur für Zeiträume, in denen die 1. Tätigkeitsstätte tatsächlich aufgesucht wurde.

### **Folie 18: Müssen die 15 Tage (180 pro Tag) auch weiter berechnet werden, wenn ein Firmenwagen bei Mutterschutzfrist weiter gewährt wird - da Vereinfachungsregelung?**

Ja, bei der Korrekturvorschrift 0,03% handelt es sich um eine pauschale Bewertungsmethode unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte.

### Betriebsrentenstärkungsgesetz II

**Muss bei der Geringverdienerförderung beachtet werden, ob der Arbeitnehmer weitere Beschäftigungen ausübt? Wenn ja, muss ich mir dann die Entgelte der anderen Beschäftigungen bestätigen lassen?**

Die Geringverdienerförderung ist lediglich über das erste Dienstverhältnis möglich (vgl. § 100 Abs. 1 EStG).

### Update zur Firmenwagenbesteuerung

**Gilt als Anschaffung auch ein Gebrauchtfahrzeug, das nach dem 1. Juli 2025 angeschafft wurde?**

Ja.

**Es ist immer auf die Anschaffung abzustellen? Also wenn der Arbeitnehmer ein Auto in 12/25 überlassen bekommt, welches in 05/25 angeschafft wurde, sollte dieses den Bruttolistenpreis von 70.000 Euro überschritten haben, ist der Bruttolistenpreis zur Hälfte statt zu einem Viertel zu berücksichtigen - richtig?**

Ja, dies ist korrekt.

**Wie lasse ich mir die kWh nachweisen, wenn mehrere E-PKW zu Hause geladen werden? Ggf. auch mehrere Dienstfahrzeuge bei Ehegatten?**

Bei der Ermittlung der vom Arbeitnehmer für das Aufladen des **betrieblichen Kraftfahrzeugs** selbst getragenen Stromkosten aus der Nutzung einer häuslichen Ladevorrichtung ist die Strommenge mittels eines gesonderten stationären oder mobilen (beispielsweise wallbox- oder fahrzeuginternen) Stromzählers für dieses betriebliche Kraftfahrzeug nachzuweisen. (Vgl. RZ 27 BMF Schreiben vom 11.11.2025 IV C 5 - S 2334/00087/014/013).

**Gilt die Strompreispauschale auch in voller Höhe, wenn der Arbeitnehmer parallel auch im Betrieb Strom tanken kann?**

Ja.

**Verstehe ich es richtig, dass die Staffelung des Bruttolistenpreises bzgl. dem Zeitpunkt der Anschaffung auch auf die Leasingfahrzeuge zutrifft? Gilt dann das Leasingdatum des Arbeitgebers oder das Anschaffungsdatum beim Leasingdienstleister?**

Es gilt der Zeitpunkt, zu dem der Arbeitgeber über das Auto verfügen kann (Schlüsselübergabe).

### **Erstattung privater Stromkosten: Ist die Anwendung der Strompreispauschale verpflichtend oder können auch weiterhin die tatsächlichen Stromkosten erstattet werden (nachgewiesen per Tarifnachweis des privaten Stromlieferanten)?**

Bei betrieblichen Elektrofahrzeugen oder Hybridelektrofahrzeugen des Arbeitgebers, die dem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung überlassen werden, stellt die Erstattung der vom Arbeitnehmer selbst getragenen Stromkosten einen steuerfreien Auslagenersatz nach § 3 Nummer 50 EStG dar. Zur Ermittlung der Höhe des steuerfreien Auslagenersatzes sowie des auf den privaten Nutzungswert anzurechnenden Betrags für die vom Arbeitnehmer selbst getragenen individuellen Stromkosten aus der Nutzung der häuslichen Ladevorrichtung gilt Folgendes: Entweder

- Ermittlung der tatsächlichen Stromkosten oder nach der
- Strompreispauschale

### **Kann ich die monatlichen Pauschalen für die E-Fahrzeuge weiter ausbezahlen, wenn ich diese steuerpflichtig ausbezahle oder fallen diese komplett raus?**

Selbstverständlich können diese steuer- und sv-pflichtig weiterhin ausgezahlt werden.

### **Kann der Arbeitgeber festlegen, dass er grundsätzlich die Strompreispauschale anwendet und nicht den individuellen Strompreis?**

Es gibt keinen gesetzlichen Erstattungsanspruch von Stromkosten – auch nicht in Verbindung mit einem Firmenwagen. Dies ist arbeitsrechtlich zu klären.

### **Datenaustausch PKV**

#### **Werden die Vorsorgepauschalen auch für Betriebsrentner übermittelt oder nur für aktive Mitarbeiter?**

Mit dem ELStAM-Datenabruf auch für Betriebsrentner.

#### **Kann ein Widerspruch zurückgenommen werden? Ab wann würden dann Daten übermittelt?**

Das ist mit den jeweiligen Versicherungsunternehmen zu klären.

### **Folie 43: Muss auf der Ersatzbescheinigung explizit der Begriff „Ersatzbescheinigung“ aufgeführt sein? Oder reicht die altbekannte Bescheinigung wie sie bis jetzt vorgelegt worden ist?**

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen gibt es keine Verpflichtung diese Bescheinigung als „Ersatzbescheinigung“ auszuweisen; allerdings muss zwingend eine Papierbescheinigung für **2026** für den Beitragszuschuss als auch für die Vorsorgepauschale in Papierform vorgelegt werden, falls die Daten nicht elektronisch übermittelt wurden.

### **Übermittlung der PKV-Beiträge: Ich habe für einen Mitarbeiter für Januar die Beiträge schon übermittelt bekommen. Für einen Mitarbeiter habe ich für Januar 2026 die vollen Vorsorgeaufwendungen für das ganze Jahr 2026 gemeldet bekommen. Ab Februar ist der Beitrag dann bei 0 Euro. Das ist offensichtlich falsch. Soll in diesem Fall eine Ersatzbescheinigung angefordert werden? Oder die ELStAM-Daten einfach so übernehmen?**

Es wurden Daten elektronisch übermittelt, die zu übernehmen sind. In diesem Fall könnte ein Fehler vorliegen, den der Arbeitnehmer mit dem Versicherungsunternehmen klären soll. Ggf. wird nun eine Papierbescheinigung ausgestellt oder der Fehler behoben.

### **Folie 43: Wie geht man vor, wenn man einen Arbeitgeber hat, der im Ausland sitzt und jedoch Arbeitnehmer im Inland beschäftigt. Diese müssen in Deutschland keine Lohnsteuer abführen. Somit wurde keine ELStAM Abfrage durchgeführt, d.h. es werden auch keine Beiträge zu KV/PV übermittelt.**

Sollten keine ELStAM Daten abgerufen werden, besteht jedoch Anspruch auf einen Zuschuss zur privaten KV/PV (welches rechtlich vom Arbeitgeber zu prüfen ist), dann muss für den steuerfreien Zuschuss nach § 3 Nr. 62 EStG weiterhin eine Papierbescheinigung vorgelegt werden.

### **Folie 44: Dürfen Papierbescheinigungen im Falle eines Widerspruches des Arbeitnehmers berücksichtigt werden oder nicht? Falls nicht, wird kein Zuschuss gezahlt?**

Im Fall eines Widerspruchs darf keine Papierbescheinigung berücksichtigt werden. Ob dennoch ein Anspruch auf einen (steuer- und sv-pflichtigen) Zuschuss besteht, ist arbeitsrechtlich zu klären.

## Änderungen im Sozialversicherungsrecht

### Grenzwerte 2026

**Gilt zur Anwendung der besonderen Jahresarbeitsentgeltgrenze, dass der Mitarbeiter durchgehend seit 2002 privat krankenversichert war? Oder kann auch "zwischen durch" ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vorgelegen haben?**

Die besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze ist für die unter die Bestands- und Vertrauensschutzregelung fallenden Arbeitnehmer sowohl in dem am 31. Dezember 2002 bestehenden Beschäftigungsverhältnis anwendbar als auch für alle künftigen Beschäftigungsverhältnisse zu beachten, selbst wenn zwischenzeitlich Versicherungspflicht aufgrund eines anderen Tatbestandes (z. B. wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld) bestanden hat.

**Was macht man, wenn jemand privat versichert ist und unter die Jahresarbeitsentgeltgrenze fällt, aber weiter privat versichert bleiben möchte?**

In diesem Fall haben betroffene Arbeitnehmer die Möglichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V.

**Muss bei einem Wechsel aus der gesetzlichen Pflichtversicherung zur freiwilligen Versicherung in der KV eine Meldung an die KV erfolgen oder geschieht das automatisch? Wie ist der Beitragsgruppenschlüssel für einen freiwillig gesetzlich Versicherten in der KV?**

Sollte die Prüfung ergeben, dass eine freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht, ist dies vom Arbeitgeber der gesetzlichen Krankenkasse entweder mit dem Beitragsgruppenschlüssel 9111 (Firmenzahler) oder 0110 (Selbstzahler) zu melden. Bitte beachten Sie, dass SAP-seitig andere Schlüssel im System herangezogen werden.

### Arbeitgeberleistungen während des Bezugs von Entgeltersatzleistungen

**Wo finde ich denn eine Definition, welche Bestandteile in den Verdienst mit**

**einzurechnen sind? Wir befürchten, dass unser Abrechnungsdienstleister ihn nicht korrekt ermittelt. Insbesondere die umgewandelten Mitarbeiter-Beiträge zur bAV sind strittig.**

Speziell zum Krankengeld und weiteren Entgeltersatzleistungen gibt es das Gemeinsame Rundschreiben des GKV-Spitzenverbandes und der Spitzenorganisationen der Kranken- und Unfallversicherung vom 7.9.2022 in der Fassung vom 11.12.2024. (Gemeinsames Rundschreiben vom 07.09.2022 in der Fassung vom 11.12.2024 zum Krankengeld nach § 44 SGB V, § 44b SGBV, zum Verletztengeld nach § 45 SGB VII und zum Krankengeld der Sozialen Entschädigung nach § 47 SGB XIV). Zur Berechnung des Zuschussbetrages zum Mutterschaftsgeld vgl. Gemeinsame Rundschreiben der Krankenkassen-spitzenverbände zu den Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft vom 6./7.12.2017 in der Fassung vom 3.12.2020

### Berücksichtigung von Kindern in der Pflegeversicherung

**Wie kann es sein, dass bei einem Mitarbeiter nur ein Kind von ELStAM zurückkommt, obwohl der Mitarbeiter Zwillinge hat und diese auch beim Finanzamt zu Beginn der Beschäftigung angemeldet hat?**

Sofern die Steuerklasse IV vorliegt, wird pro Elternteil 1,0 berücksichtigt.

**Ist bei der Rückmeldung von weniger Kindern immer eine Historienanfrage erforderlich oder nur wenn vorab keine Abfrage der Kinder stattgefunden hat (weder Verfahren mit Nachweis noch Selbstauskunft)?**

Im Anwendungsfall vereinfachtes Nachweisverfahren/kein Verfahren ist eine Historienanfrage notwendig, wenn im Rahmen der Bestandsanlage mehr Kinder zurückgemeldet werden als in der Vergangenheit (bis 1.7.2023) berücksichtigt wurden.

**Eine Frau hat zwei Kinder und war ein drittes Mal schwanger, aber das dritte Kind ist nach der Geburt gestorben. Bekommt sie dann für das dritte Kind auch einen Abzug in der Pflegeversicherung?**

Ja, das Kind wird berücksichtigt, bis das Kind das 25. Lebensjahr vollendet hätte.



**Wie kann man im Nachhinein die Zuschläge der Pflegeversicherung zurückfordern, da keine Korrektur mehr vor 6/2023 möglich ist? Bsp. Eltern haben die Elterneigenschaft gar nicht angegeben, weil sie die Abfrage der Elterneigenschaft nicht verstanden haben, oder nicht vollständig alle Kinder angegeben.**

Der Nachweis der Elterneigenschaft für den Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung kann grundsätzlich jederzeit erbracht werden. Solange der Nachweis nicht vorliegt, ist der Zuschlag zu zahlen; das Gesetz geht bis zur Vorlage des Nachweises von einer widerlegbaren Vermutung der Kinderlosigkeit aus.

Für die Rückwirkung und Erstattung gelten folgende Fristen und Regelungen:

- Wird der Nachweis für ein zwischen dem 1.4.2023 und 30.6.2023 geborenes Kind innerhalb von 3 Monaten nach der Geburt erbracht, gilt der Nachweis rückwirkend ab dem Monat der Geburt. Erfolgt der Nachweis später, wirkt er ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Nachweis erbracht wird.
- Für vor dem 1.7.2023 geborene Kinder bleibt ein vor dem 1.7.2023 erbrachter Nachweis weiterhin wirksam.
- Für Zeiträume ab dem 1.7.2023 können Auskünfte zur Elterneigenschaft im Datenaustauschverfahren maximal 4 Kalenderjahre rückwirkend eingeholt werden. Für weiter zurückliegende Zeiträume muss der Nachweis im Einzelfall direkt beim Arbeitgeber oder der Zahlstelle erbracht werden.

Es gibt keine absolute Ausschlussfrist, aber die Rückwirkung des Nachweises ist auf 3 Monate begrenzt: Wird der Nachweis verspätet erbracht, entfällt der Zuschlag erst ab dem Monat nach Vorlage des Nachweises. Eine weitergehende Rückerstattung ist nur in den oben genannten Sonderfällen möglich.

**Über ELStAM wird ein Kind gemeldet (geboren 2015), welches weder dem Arbeitgeber noch dem Lohnbüro mitgeteilt wurde. Ab wann kann rückwirkend der Beitrag zur PV korrigiert werden?**

Wird der Nachweis für ein vor dem 1.4.2023 innerhalb von drei Monaten bzw. zwischen dem 1.4.2023 und 30.6.2023 geborenes Kind

innerhalb von drei Monaten nach der Geburt erbracht, gilt der Nachweis rückwirkend ab dem Monat der Geburt. Erfolgt der Nachweis später, wirkt er ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Nachweis erbracht wird. Wird der Nachweis verspätet erbracht, entfällt der Zuschlag erst ab dem Monat nach Vorlage des Nachweises.

**Kinderabschlag in der Pflegeversicherung: Ist es tatsächlich notwendig bis 7/2023 zurück zu gehen, sobald ab 7/2025 mehr Kinder elektronisch gemeldet wurden? Uns ist bekannt, dass lediglich das gesamte Jahr 2025 rückwirkend zu korrigieren ist und nicht die vorherigen Jahre.**

Eine rückwirkende Korrektur (Erstattung) ist hingegen – längstens für die Zeit bis 1. Juli 2023 – vorzunehmen, sofern die Daten zur Elterneigenschaft und zur Anzahl der Kinder im automatisierten Übermittlungsverfahren von den im vereinfachten Nachweisverfahren durch einfache Mitteilung gemachten Angaben zu Gunsten des Mitglieds abweichen. Das gilt selbst dann, wenn das Mitglied in dem Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2025 der Anforderung der beitragsabführenden Stelle oder der Pflegekasse zur Mitteilung der erforderlichen Angaben zur Elterneigenschaft und zur Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder im Sinne des § 55 Absatz 3d Satz 2 SGB XI nicht oder nicht vollständig nachgekommen ist.